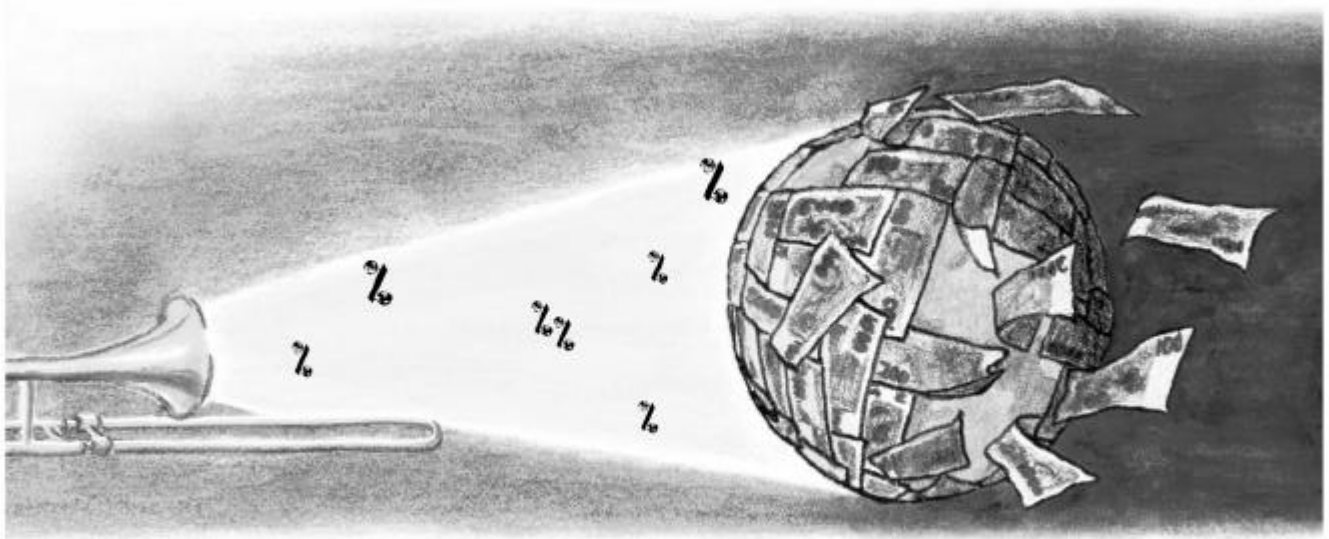


Gegenstimmen — attac  lädt ein

Arbeit bis zum letzten Job

Materialien zu der Veranstaltung mit
Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf
Prof. Dr. Herbert Schui
Moderation: Dr. Ingo Schmidt
8. Dezember 2002, Grips Theater
www.gegenstimmen.de



Eine Veranstaltungsreihe in Zusammenarbeit mit dem GRIPS Theater



Inhalt

Ingrid Kurz-Scherf <i>Arbeitslosigkeit, Rechtsradikalismus, Vollbeschäftigung / 1000 Stunden sind genug! (Auszüge)</i>	3
Herbert Schui <i>Hauptsache Arbeit?</i>	9
Robert Kurz <i>Metaphysik der Arbeit</i>	13
Oskar Negt <i>Arbeit, Vor-Krieg und menschliche Würde</i>	17



Arbeitslosigkeit, Rechtsradikalismus, Vollbeschäftigung (Auszüge)¹

Ingrid Kurz-Scherf²

[...] Gegen die Gefährdungen, denen die modernen Demokratien heutzutage von rechts ausgesetzt sind, bieten die „Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“ oder „Arbeit für alle“ keine Gewähr. Erst recht nicht hilft die bloße Forderung nach Vollbeschäftigung und Arbeit für alle. Es sind im Gegenteil gerade diese Forderungen, mit denen die neue Rechte ihre Wählerschaft und ihre Anhängerschaft mobilisiert. Mit der immer größeren Diskrepanz zwischen dem Stellenwert der Forderung nach „Arbeit! Arbeit! Arbeit!“ und dem tatsächlich zu registrierenden Anstieg der Arbeitslosigkeit liefert die Demokratie ihren rechten Kontrahenten die Argumente - und zwar unabhängig davon, ob und inwieweit sich das rechtsradikale und faschistoide Potential tatsächlich aus der *Erfahrung von* oder der *Angst vor* Arbeitslosigkeit aufbaut. Das bedeutet aber auch: Die demokratischen Parteien, Bewegungen und Institutionen lenken dann und so lange Wasser auf rechtsradikale Mühlen, wie sie einerseits selbst die zum Prüfstein der Demokratie stilisierte Herausforderung Massenarbeitslosigkeit nicht bewältigen bzw. noch nicht einmal wirklich glaubhaft angehen, andererseits Arbeitslosigkeit als zentrales - allen anderen Dimensionen des gegenwärtigen Wandels und allen anderen darin enthaltenen Chancen und Risiken vorgelagertes und übergeordnetes - Problem verabsolutieren und gleichzeitig bedingungslos an Vollbeschäftigung und „Arbeit für alle“ festhalten. Selbst die urdemokratische Forderung nach dem Vorrang der Politik gegenüber der Ökonomie besorgt vor diesem Hintergrund das Geschäft des Rechtsradikalismus, weil sie leicht umzulenken ist in das Verlangen nach einem autoritären Staat - wenn denn die Demokratie den aktuell tatsächlich zu verzeichnenden Primat der Ökonomie gegenüber der Politik nicht nur nicht zu brechen imstande ist, sondern sogar noch (Stichwort: Euro) aktiv befördert.

Die unrealisierte Forderung nach „Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“ treibt rechte Mühlen an, aber auch der „Abschied von der Vollbeschäftigung“ - jedenfalls dann und so lange, wie er weder ein alternatives Modell sozialer Integration und Kooperation anzubieten noch einen darauf orientierten Diskurs zu initiieren imstande ist.

[...] Die Crux der Vollbeschäftigung liegt aber darin, dass dieses Konzept an einen Arbeitsbegriff, an ein Leitbild gesellschaftlicher Entwicklung, an Wert- und Bedeutungshierarchien individuellen und sozialen Handelns gebunden ist, innerhalb derer die modernen Gesellschaften keinen Zusammenhalt mehr finden können - die westlichen ebenso wenig wie die östlichen, die früh industrialisierten Länder ebenso wenig wie die sich erst neuerdings industrialisierenden Länder. Dem wird in den aktuellen Debatten um die Zukunft der Arbeit und Arbeit der Zukunft durchaus Rechnung getragen, indem beispielsweise die Rede ist von der „Vollbeschäftigung neuen Typs“, die es zu realisieren gelte. Aber bei genauerem Hinsehen bleibt diese Rede von Vollbeschäftigung fixiert auf Wachstum, das auch dann als industrielles Wachstum gedacht wird, wenn von der neuen Dienstleistungs-, Informations-, Wissens-, Mediengesellschaft gesprochen wird. Im Kontext von Vollbeschäftigungsdiskursen meint Innovation immer noch nur oder in erster Linie technische oder technokratische Innovation. Der mit der Vollbeschäftigung assoziierte Leistungsbegriff ist und bleibt fokussiert auf rechenhafte Leistung und Macht, die sich nach der Anzahl der Untergebenen, nach Bilanzsummen und Marktanteilen bemisst. Arbeit ist im Vollbeschäftigungsdiskurs in erster Linie „produktive Tätigkeit“ geblieben, die sich in materiellen, aneignungsfähigen Produkten darstellt.

¹ Aus: Ingrid Kurz-Scherf: Arbeitslosigkeit, Rechtsradikalismus, Vollbeschäftigung In: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 6/7, 1998

² geb. 1949 in Trier; Wirtschaftswissenschaftliches Studium; Staatssekretärin für Arbeits- und Frauenpolitik im Saarland und in Brandenburg (1990-1991); seit 1991: Leitung des sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg in Berlin; Professorin für Politische Wissenschaft an der FH Bielefeld; Professorin am Institut für Politikwissenschaft (Schwerpunkt: Politik und Geschlechterverhältnis).



[...] Das Konzept der Vollbeschäftigung ist selbstverständlich nicht nur an die Illusion vom grenzenlosen Wachstum gebunden, an den Mythos von Technik als Garant und Motor allen Fortschritts, an Produktivismus und den männlichen Wahn der Beherrschung der Natur, an die Ignoranz gegenüber der Vielfalt von Tätigkeiten und gegenüber allen Werten, die sich nicht nach Kosten-Nutzen-Kalkülen berechnen und verwerten lassen. Im Konzept der Vollbeschäftigung steckt auch der Anspruch auf soziale Integration - und zwar nicht nur im Sinn passiver Teilhabe, sondern auch und gerade im Sinn aktiver Mitwirkung und Beteiligung. Genau deshalb, so meinen viele, müsse man an der Vollbeschäftigung als Orientierung und Verpflichtung politischen Handelns festhalten, denn genau dieser Anspruch werde mit dem Abschied von der Vollbeschäftigung aufgegeben. Das mit der Vollbeschäftigung zumindest programmatisch verteidigte Recht auf Arbeit sei ein unaufgebbares Grundrecht, das den Menschen eben nicht nur ein wenigstens existenzsicherndes Einkommen zubilligt, sondern auch das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leistungsaustausch, ohne das Menschen nicht nur zu AlmosenempfängerInnen degradiert werden, sondern auch jeglichen Einfluss auf die Verhältnisse verlieren, unter denen sie leben.

Tatsächlich macht sich in den modernen Gesellschaften immer mehr eine Haltung breit, die Arbeit wie eine knappe Ressource oder ein knappes Gut behandelt, an der bzw. an dem nun einmal nicht mehr alle partizipieren können. Arbeit wird zum Privileg auserwählter Leistungsträger, die den Rest der Gesellschaft mit ihrer Leistung beglücken, diesen aber gleichzeitig in den Status letztendlich parasitärer Leistungsempfänger befördern. Diese Haltung firmiert allerdings nicht unter dem Etikett „Abschied von der Vollbeschäftigung“, sondern sie segelt durchaus im Wind der Vollbeschäftigungsideologie. Die darin enthaltene Spaltung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses in einen kleineren Teil gesellschaftlich anerkannter, entlohnter Arbeit und einen größeren Teil privater, gesellschaftlich ignorierte Arbeit transferiert die neue Leistungsideologie der - wie es beispielsweise im Bericht der Zukunftskommission der Freistaaten Sachsen und Bayern heißt - „unternehmerischen Wissensgesellschaft“ auf eine neue Spaltung zwischen Arbeit im Sinn produktiver Leistung und Arbeit im Sinn von Beschäftigung. Arbeitslosigkeit ist danach in erster Linie die Konsequenz mangelnder Leistungsfähigkeit und -bereitschaft nach den Kriterien und Normen, die nun einmal im Zeitalter des High Tech, global vernetzter Leistungsstrukturen etc. gelten. Dabei mögen vorübergehend Blockaden und Friktionen auftreten, die auch potentielle Leistungsträger arbeitslos machen, die sich aber durch „Innovationsoffensiven“ und die Stärkung des Humankapitals auflösen lassen. Das eigentlich gravierende Problem sind die „Niedrigqualifizierten“ und Leistungsschwachen, die aber durchaus auch in Arbeit gebracht werden können und müssen, nur nicht in Arbeit im Sinn von Leistung, sondern in Arbeit im Sinn von Dienen.

Der praktische Nutzen *dieser* Krisendiagnose liegt darin, dass trotz allem High Tech und unternehmerischer Wissensakkumulation Toiletten immer noch nicht mit Selbstreinigungsanlagen ausgestattet sind, Kinder immer noch nicht als fertige Erwachsene aus der Retorte schlüpfen, die Häuser und Parks der Besserverdienenden immer noch der menschlichen Pflege bedürfen, und Roboter immer noch nicht den „Hunger nach Tertiärem“ bzw. nach dienstbaren Geistern stillen. Bei all diesem und vielem anderen können die Niedrigqualifizierten und Leistungsschwachen jede Menge „sinnvoller Beschäftigung“ finden, wenn sie und/oder der Staat nur einsehen, dass für solcherart „un- oder niedrigproduktiver Tätigkeit“ den Leistungsträgern der Gesellschaft keine Preise bzw. Löhne abverlangt werden können, die auch nur annähernd an die Preise bzw. Löhne heranreichen, die für hochproduktive Leistung in Rechnung gestellt werden können.

Das Projekt der Re- bzw. Neofeudalisierung der modernen Gesellschaften wird - jedenfalls so lange wie es die formalen Spielregeln der modernen Demokratien nicht außer Kraft setzt - scheitern. Die bösen jungen Männer von Sachsen-Anhalt stehen als schlecht bezahlte Gärtner, Butler, Kindermädchen und Putzhilfen nicht zur Verfügung. Bedauerlicherweise könnten sie aber mit der Form ihres Protestes gegen diese Zumutung deren Realisierung jenseits der formalen Spielregeln der modernen Demokra-



tien (nicht heute oder morgen, aber auf längere Sicht) die notwendige Legitimation verschaffen. Aber auch diejenigen, die dem mit der Forderung nach Wiederherstellung der Vollbeschäftigung entgegenwirken wollen, könnten sich eines Tages in der Rolle der Legitimationsbeschaffer für die Abwicklung der Demokratie wieder finden - dann nämlich, wenn von ihrer Forderung endgültig nichts anderes übrig geblieben ist als „Arbeit! Arbeit! Arbeit!“ bzw. „Hauptsache Arbeit!“ - was auch immer das sei, was auch immer die Arbeit anrichtet, wie und unter welchen politischen Bedingungen auch immer endlich wieder „alle in Arbeit gebracht werden können“. [...]

1000 Stunden sind genug! (Auszüge)³

Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf

Aus: Vortrag am 22. November 1999 im Rahmen der Reihe "Hauptsache Arbeit", Maßstäbe, Modelle, Visionen, im Museum der Arbeit in Hamburg.

Wir alle wissen, wovon wir reden. Wir reden von einer seit 25 Jahren ansteigenden Arbeitslosigkeit, einer parallel dazu sich in mindestens gleichem Maße ausweitenden sogenannten Pauperisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen, sprich: der Verunstetigung und der Verunsicherung der Arbeitsverhältnisse und der Arbeitsbedingungen. Ganz real stellt sich die Situation so dar, dass die einen Überstunden machen und die anderen dafür gar nichts zu tun haben. Man kann den Eindruck haben (und es wird auch von der Politik so vorgeredet), dass es im Grunde genommen nur noch zwei Alternativen gibt, nämlich:

entweder sich mit zunehmender Arbeitslosigkeit abzufinden oder aber die zunehmende Arbeitslosigkeit in zunehmend ungeschützte Beschäftigungen umzulenken. Sie kennen dieses Modell der USA unter dem neuen Begriff der working poor. Es hat ganz stark den Anschein, dass die fortgeschrittene Industriegesellschaft am Ende einer Entwicklungsperiode angekommen ist, wo sie die tradierten sozialen Standards nicht mehr weiter aufrecht erhalten, geschweige denn weiterentwickeln kann. Und wir haben zusätzlich das Problem, dass - wie Herr Miegel, Vorsitzender der Zukunftskommission der Freistaaten Sachsen und Bayern, zu sagen pflegt - auch noch die Frauen auf den Arbeitsmarkt drängen. Bei Herrn Miegel ist nachzulesen: Wenn die Erwerbsneigung der Frauen, die berühmte (ich muss immer einfügen, früher neigten die Frauen zu Hysterie - war auch nicht angenehm -, heute neigen sie zum Erwerb, noch schlechter) - wenn also die Erwerbsneigung der Frauen heute noch in Westdeutschland genauso wie in den 60er und frühen 70er Jahren wäre, dann hätten wir drei Millionen weniger Arbeitslose auf dem Arbeitsmarkt, und dann wäre die Arbeitslosigkeit doch schon erledigt; und wenn die ostdeutschen Damen mit ihrer unseligen Erwerbsneigung sich wenigstens mal bequemen würden, es ihren westdeutschen Schwestern nachzumachen, dann wäre auch dort die Arbeitslosigkeit sehr viel geringer. Ich glaube, dass man das in seiner Bedeutung für das tradierte Arrangement der sogenannten Zweigesellschaft nicht unterschätzen darf. Dieses System war darauf aufgebaut, dass ungefähr die Hälfte der sogenannten Erwerbsbevölkerung nicht an der Erwerbstätigkeit teilgenommen hat und dass der mit Abstand größte Teil der tatsächlich zu leistenden Arbeit nicht in dem eigentlichen Arbeitssystem abgewickelt wird. Beides, also die Tatsache, dass die Hälfte der sogenannten Erwerbsbevölkerung außen vor steht, ob freiwillig oder unfreiwillig tut gar nichts zur Sache, und dass ein Großteil der Arbeit, die geleistet werden muss, nicht ins Erwerbssystem integriert ist, bröckelt und beides bringt dieses ohnehin aus seinen internen Strukturen heraus instabile System nochmals zusätzlich ins Wanken. Das ist die Situation. [...]

³ Aus: Vortrag am 22. November 1999 im Rahmen der Reihe "Hauptsache Arbeit", Maßstäbe, Modelle, Visionen, im Museum der Arbeit in Hamburg.



Wir reden immer von Erwerbsarbeit. Ich als alte bekennende Radikalfeministin kann darüber natürlich sehr froh sein, also im Sinne von: nun haben wir's geschafft. Jetzt sagen wir endlich nicht mehr Arbeit, sondern Erwerbsarbeit, weil sie verstanden haben (könnte man ja glauben), dass es auch noch eine andere Art von Arbeit gibt als die, die in den Fabriken und Büros geleistet wird. Das Problem ist aber, dass so mit diesem Begriff der Erwerbsarbeit nun schon wieder etwas passiert, was uns eigentlich auch nicht angenehm sein kann. Es wird nämlich so getan, als ob diese Art von Arbeit, von der da die Rede ist, nur durch ein einziges Motiv geprägt wäre, nämlich den Erwerb. Und ich behaupte: Das ist nicht der Fall. Die allermeisten Menschen haben nicht nur eine Erwerbsmotivation, sondern eine Berufsmotivation- und ich finde es auch gut, dass das so ist. Ich bin sehr lang und sehr viel über den modernen Arbeitsmythos hergezogen - und wir plakatieren jetzt die Stadt voll mit "Arbeit, Arbeit, Arbeit". Oder die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hatte den unendlich klugen Einfall, für einen der letzten Wahlkämpfe zu plakatieren: "der schönste Platz, den wir kennen, ist ein Arbeitsplatz". Das ist wirklich jenseits der Grenze des Erträglichen. Aber bei aller Kritik an diesem Arbeitsmythos muss natürlich auch gesehen werden, dass in diesem modernen Arbeitsethos eben auch so etwas wie ein Berufsethos steckt, und in diesem Berufsethos stecken die qualitativen Ansprüche an Arbeit. Und in dem Berufsethos steckt der Anspruch auf Qualifizierung, der Anspruch auf Mitwirkung, der Anspruch darauf, dass diese Berufstätigkeit - das ist jetzt vielleicht eine gewagte These, aber ich will sie trotzdem einmal vortragen - auch eine Art von politischem Handeln ist. Eine demokratische Gesellschaft zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sie auch ein demokratisches Verständnis von Arbeit hat, wie auch immer gebrochen durch die kapitalistische Organisation ihrer Wirtschaft. Dieses demokratische Verständnis von Arbeit formuliert sich so, dass wir nicht nur die Dreckarbeit der Reichen machen, sondern einen gesellschaftlich akzeptierten Anspruch darauf haben, uns im Beruf, so gut es geht und mit wie viel Frustration auch immer, selbst zu verwirklichen - dass wir einen Anspruch darauf haben, wie verquer und wie reduziert und wie pervertiert dieser Anspruch auch immer eingelöst wird, aber er ist zunächst einmal als legitim anerkannt. Wir haben ein Recht auf Anerkennung unserer Arbeit, und zwar nicht zuletzt in DM-Beträgen; wir haben ein Anrecht dass berufliche Tätigkeit zumindest von den gesellschaftlichen Erwartungen her mit Mitwirkungsrechten an dem, was man da eigentlich tut, verbunden wird. Ich glaube, in der jetzigen Situation, wo wir täglich mit dieser Debatte über den Niedriglohnsektor vollgestopft werden, ist nichts dringlicher, als diesen beruflichen Anspruch auf Arbeit aufrecht zu erhalten. Es geht darum, dieses Versprechen der modernen Demokratie, nämlich die Freiheit der Berufswahl, die immerhin in diesem unserem Lande Verfassungsrang hat, einzulösen. Und diese Freiheit der Berufswahl kann nicht heißen: Wenn es keine Lehrstellen in dem Beruf mehr gibt, den Du gern haben möchtest, sondern nur noch Lehrstellen als Metzger, dann musst Du eben Metzger werden. Wahlen kann es eben immer nur geben unter den Alternativen, die da sind, und die Frage ist, welche Alternativen bietet diese Gesellschaft überhaupt noch. Und von daher ist mein Versuch, dass man noch einmal sehr viel stärker qualitative Kriterien an diese "Erwerbstätigkeit" formuliert. Wir dürfen nicht dem Trick auf den Leim gehen: Wir reden jetzt alle von Erwerbstätigkeit. Natürlich wir reden unendlich gerne und mit Tränen in den Augen von dem Wert der unbezahlten Arbeit in den privaten Haushalten und dass sie dringend der gesellschaftlichen Anerkennung bedarf und wir uns davon versprechen, dass - wenn wir darüber nur lang genug reden - dann die Frauen sie auch weiter machen. Ich sage zunehmend radikaler: Es geht um das Recht auf berufliche Tätigkeit, auf die Frauen den gleichen Anspruch haben wie Männer, und ich muss mich jetzt darum kümmern, dass dieses Erwerbssystem wieder eine demokratische Öffnung erfährt. Wie das mit meinem Abwasch zuhause ist, das regeln wir dann, wenn das mit der Berufsarbeit geregelt ist. [...]

Ich finde die Anerkennung von beruflicher Tätigkeit in Form von Geld eine ausgesprochen sinnvolle Einrichtung. Ich möchte nicht in die Situation zurück, wo der Tierarzt mit Eiern bezahlt wird, sondern ich möchte Geld haben für meine Arbeit. Damit ich nämlich frei darüber entscheiden kann, ob ich mir davon Eier kaufe oder lieber einen Lippenstift oder lieber Hundefutter oder was auch immer. Geld ist



nicht gleich Kapital. Geld ist eine aus meiner Sicht hochgradig vernünftige Methode und ein hochgradig vernünftiges Medium der gesellschaftlichen Vermittlung von Anerkennung und von Autonomie. Dafür, dass ich als deutsche Professorin nicht gerade schlecht verdiene, muss ich nicht ununterbrochen darüber nachdenken, wie ich aus dem, was ich da verdiene, mehr machen kann. Das beschäftigt mich vergleichsweise wenig, und trotzdem möchte ich nicht darauf verzichten, dass ich bezahlt werde. Und wir sollten meiner Meinung nach dabei bleiben, dass die Tatsache, dass bestimmte Arten von Tätigkeiten in dieser unseren Gesellschaft nicht bezahlt werden oder schlecht bezahlt werden, eine Form der Verachtung dieser Form von Tätigkeit ist. Und man sollte sich dann, um auf einen mir ansonsten wirklich sehr nahe stehenden Kollegen hinzuweisen - Herrn Gorz -, von ihm nicht das Hirn vernebeln lassen.

Dadurch, dass eine Tätigkeit nicht bezahlt wird, wird sie nicht zur autonomen Eigentätigkeit. Ich kann also nur empfehlen, André Gorz mit seinem wunderbaren Plädoyer auf die nichtbezahlte autonome Eigentätigkeit zu lesen. Ich hab immer daneben geschrieben: Abwasch. Ich bin vielleicht nicht in der Situation des André Gorz, weil er in seiner Tätigkeit jenseits des Erwerbs wirklich selbstbestimmt aktiv ist: Ich frage mich nur: Wer macht bei denen zuhause den Abwasch? Und auch wenn das, was ich zuhause tue, mir Spaß macht: Warum soll ich dafür nicht bezahlt werden? Natürlich, ich muss mir gut überlegen: Was nehme ich mir mit der Bezahlung von bestimmten Tätigkeiten an gesellschaftlicher Kontrolle auf mich? Natürlich ist mit Geld eine Art von Quantifizierung verbunden. Sobald der Geldmaßstab reinkommt, ist die Frage: Wer kriegt mehr Geld? Es ist - wie ich glaube - sehr vernünftig, wenn man sagt, wir wollen nicht, dass jede Art von Tätigkeit bezahlt wird. Aber wenn alles, was mit Tätigkeit für andere Menschen zu tun hat, mit Hilfstätigkeit, mit Bildungstätigkeit, mit Sorge um andere Menschen, schlecht oder gar nicht bezahlt wird, dann liegt darin nicht ein Akt der gesellschaftlichen Anerkennung dieser Tätigkeit, die sozusagen dieser Art von Tätigkeit den Makel des Geldes vorenthält. Wir sollten vernünftig darüber nachdenken, welche Arten von Tätigkeiten man wie organisieren kann, so dass für die Gesellschaft insgesamt die Arbeit, die getan werden muss, auch getan wird. Ein Großteil dieser Arbeit ist die Art von Arbeit, nach der sich niemand reißt, und auch in den modernen Arbeitsgesellschaften herrscht längst nicht immer und überall Gedränge, wenn es um Arbeit geht. Ganz im Gegenteil, je mehr eine Tätigkeit den Charakter von Arbeit annimmt, desto geringer ist sie in den gesellschaftlichen Werthierarchien veranschlagt. Wie kann man also sicherstellen, dass der Bedarf der Gesellschaft an Arbeit sichergestellt wird, so dass aber diejenigen, die diese Arbeit verrichten, damit in die Lage versetzt werden, eben nicht nur ihre materielle Existenz zu sichern, sondern ein glückliches, freudvolles Leben zu leben. Aber der Weg dahin, dass das Geld nicht so eine große Rolle spielt, ist nicht der, dass wir es in seiner Bedeutung runterhängen, sondern im Gegenteil, wir müssen seine Bedeutung zuerst einmal hochhängen. Wer Geld hat, braucht nicht mehr darüber zu reden, aber wer keins hat, der muss darüber reden, und für einen Großteil der Menschen gilt eben, dass sie klein gemacht und erniedrigt werden und es auch als Scham und Entwürdigung empfinden, dass sie nicht genug Geld haben. Das sollte man sich nicht, wie ich finde, durch so eine auch von mir z.T. vertretene Geldkritik vernebeln lassen, die dann eben nicht mehr sieht, was dieser Geldstandard in der modernen Gesellschaft eben auch an Positivem zu leisten hat. [...]

Es kommt also darauf an, die Kurve des sinkenden Arbeitsvolumens wieder nach oben zu ziehen. Wenn es mit den beiden genannten Methoden nicht gelingt (entweder wir treiben das Wachstum hoch, und zwar höher als die Produktivitätsentwicklung, oder wir drücken die Produktivitätsentwicklung unter Wachstum), gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder wir akzeptieren steigende Arbeitslosigkeit oder wir senken die Arbeitszeiten. Etwas anderes gibt es nicht, es sei denn, es gelänge uns, die Anzahl der Erwerbspersonen wieder zu drücken.

Manche hoffen auf einen demographischen Wandel, und manche hoffen ja vor allen Dingen, dass diese unselige Neigung der Frauen zum Erwerb wieder ein bisschen verebbt; aber das passiert alles



nicht. Es gibt keine einzige Prognose, die davon ausgeht, dass der Rückgang des Erwerbspersonenpotentials in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren wirklich so relevant ist, dass sich darüber das Problem lösen würde. Das heißt: wir brauchen den Rückgang des Arbeitsvolumens durch Arbeitszeitverkürzung.

Die Zukunft hört nicht im Jahre 2003 auf. Zukunft ist etwas Langfristiges, und es ist überhaupt gar nicht einsehbar, warum wir nicht eine langfristige Perspektive von kürzeren Arbeitszeiten haben sollten. Und aus den hier, wie ich hoffe, verständlich gemachten logischen Zusammenhängen heraus glaube ich auch, dass man eine Langfristperspektive braucht, die nicht heute oder morgen genauso umgesetzt wird, die aber für zehn, zwanzig oder auch fünfzig Jahre eine Orientierung gibt, wo wir eigentlich hinwollen. Ich hatte den Vorschlag gemacht: 1000 Stunden im Jahr reicht. Ich war früher einmal eine entschiedene Verfechterin des 6Stunden-Tages und bin es in gewisser Weise auch immer noch. Ich habe nur davon Abstand genommen, weil erstens 1000 Stunden im Jahr weniger als sechs Stunden pro Tag sind, und zweitens, weil mir inzwischen eingeleuchtet hat, dass die Lebensverhältnisse und die Präferenzstruktur der Menschen doch so unterschiedlich sind, dass man selbst bei einer ganz straffen Orientierung an eher frauenspezifischen Interessen nicht per se sagen kann: Das Interesse von Frauen ist es, die tägliche Arbeitszeit zu kürzen. [...]

Immer wieder wird mir gesagt, ich verfolgte eine rein defensive Strategie. Ich täte so, als ob die Arbeit ein Kuchen sei, den man nur gleichmäßig verteilen müsste; ich akzeptierte diesen Abbau des Arbeitsvolumens, ich hätte eine völlig statische Betrachtungsweise; Arbeit sei kein Zucker, der einem ausgehen kann, Arbeit sei auch ein sich selbst erzeugender Prozess usw. Selbst wenn es keinen einzigen Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland gäbe, wäre ich trotzdem dafür, die Arbeitszeit zu verkürzen, und ich würde versuchen, der Parole "1000 Stunden im Jahr sind genug" Attraktivität zu verschaffen, weil ich fest davon überzeugt bin, dass es überhaupt keine Chance gibt zur Herstellung der Geschlechterdemokratie oder Geschlechtergerechtigkeit, wenn wir nicht die Zentralität der Erwerbstätigkeit, so wie sie zur Zeit besteht, brechen. [...]

Es gibt eine Präferenz von Frauen für weniger Arbeit. Und in zunehmendem Maße spricht sich diese Präferenz auch unter Männern herum. Die große Frage, auf die ich jetzt nicht mehr eingehen werde, heißt: Wer soll das bezahlen? Vielleicht können wir das Thema in der Diskussion vertiefen, aber ich habe es auch aus einem bestimmten Grund nicht angesprochen. Ich bin fest davon überzeugt, dass der entscheidende Widerstand, die entscheidende Blockade gegen eine gesellschaftliche Diskussion über kürzere Arbeitszeiten nicht in der Frage liegt, wie man das organisieren und finanzieren kann, sondern darin, ob wir das wollen. Das Problem ist, dass das kulturelle Lebensmuster, das sehr stark durch männliche Werte- und Bedeutungshierarchien geprägt ist - ein Mann wird erst wichtig, wenn er einen vollen Terminkalender hat - ,dem Denken über kürzere Arbeitszeiten absolut entgegensteht. Da gibt es dann eben auch die fatale Allianz der Arbeitgeberseite und der Arbeitnehmerseite, weil beide in den gleichen kulturellen Lebensmustern verankert sind. Im Grunde genommen haben wir im Moment auch eine kulturelle Krise, insofern als wir uns eine Lebenskultur aufgebaut haben, die aus sich heraus immer zerstörerischer wird, und wo wir nicht in der Lage sind, außerhalb dieses wunderbaren Raumes in gesellschaftlich relevanten Räumen über alternative Lebenskulturen zu reden.

Die Politik der Arbeitszeitverkürzung hat unter den gegebenen Umständen eine defensive Struktur - und muss sie haben. Sie ist als lebenskulturelles Projekt konzipiert, also nicht in erster Linie ein Programm gegen die Arbeitslosigkeit. Wenn dadurch Arbeitsplätze entstehen, ist das eine wunderbare Nebenfrucht, aber es ist nicht der Haupteffekt. Der Haupteffekt wäre weniger arbeiten, anders arbeiten, mehr leben, selber denken, und dann landen Sie in bester Gesellschaft, und dann wären wir ein Stück weiter.



Hauptsache Arbeit?⁴

Prof. Dr. Herbert Schui⁵

Richtig besehen haben wir keine Krise der Arbeitsgesellschaft oder eine Krise der Erwerbsarbeit - ich glaube, wir haben eine ganz andere Krise, nämlich eine intellektuelle Krise. Der Grund für diese Vermutung ist, dass zwar alle davon reden, die Arbeitslosigkeit beseitigen zu wollen, dass aber niemand im Chor der politischen und akademischen Prediger ein Wort darüber verliert, was die Gründe für die Arbeitslosigkeit sind. Das ist doch nicht anderes, als wenn ein drittklassiger Arzt versucht, ex juvantibus - wie das im Jargon heißt - durch Rumquacksalbern schließlich zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Wie fassen wir denn nun in zehn Minuten die Gründe zusammen? Ich will es mit einigen abstrakten Überlegungen probieren. Denn abstrakt ist am einfachsten und lässt sich am schnellsten abhandeln.

Nehmen Sie an, es gäbe eine Bauernwirtschaft und diese Bauern sind die Eigentümer ihrer Produktionsmittel. Es gibt keine Lohnarbeit; die Arbeitenden verfügen uneingeschränkt über das Produkt ihrer Arbeit. Weiter wird realistischere unterstellt, dass diese Leute mehr erzeugen, als sie zu ihrem Lebensunterhalt unmittelbar benötigen. Das ist die Eigenschaft jedweder Arbeit. Den Überschuss, den sie so erzeugen, sammeln sie und kaufen dafür Traktoren. Nach Einsatz diese Traktoren ergibt sich, dass sie nun nicht mehr 50 Stunden in der Woche arbeiten müssen, um ein bestimmtes Erntergebnis zu erzielen, sondern dass 40 Stunden hinreichen. Was ist passiert? Die Arbeitsproduktivität ist durch die verbesserte Produktionstechnik um 20 Prozent gestiegen. Die Arbeitenden haben diese Effekte der Technisierung unmittelbar umgesetzt in Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich (das Erntergebnis, der Lohn, ist ja konstant geblieben). Es wird nun weniger gearbeitet, aber die materielle Konsumtion bleibt unverändert. Allerdings können diese Leute auch zu einem anderen Ergebnis kommen: Sie können die Arbeitszeit nicht von 50 auf 40 Stunden reduzieren, sondern nur auf 45. Dann ist die Produktion um das Äquivalent von 5 Arbeitsstunden je Mensch größer. Sie können überlegen, was sie mit dieser zusätzlichen Produktion anfangen. Folgendes steht zur Wahl: Sie konsumieren individuell mehr. Sie können aber auch, und dies ist wahrscheinlich, einen Staat gründen und das Produktionsergebnis dieser zusätzlichen 5 Stunden an den Staat abführen. Dieser Staat besorgt damit eine Reihe kollektiver Aufgaben. Welche Aufgaben der Staat übernimmt und wie hoch die Steuer individuell ausfällt, müssen die Bürger in einem demokratischen Verfahren regeln. Es muss eine effektiv partizipative Demokratie sein, damit sich das Interesse der Bürger auch tatsächlich in den Entscheidungen des Staates wiederfindet. Es kann beispielsweise entschieden werden, Straßen, Brücken und dergleichen bauen, also Infrastrukturinvestitionen, weiterhin können soziale Dienste eingerichtet werden, die Versorgung der Alten kann verbessert werden, all das lässt sich aus der gestiegenen Arbeitsproduktivität als Folge des technischen Fortschritts machen. Aber nicht nur mehr Soziales und Infrastruktur sind nun möglich: Es können Lehrer eingestellt werden, Ingenieure ausgebildet werden, damit eine weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden kann. Aber das ist noch nicht alles: Schauspieler, Theater und Kinos können finanziert werden, kleine Bühnen werden eingerichtet, so hier im Museum der Arbeit, auf denen Autoren wie Dario Fo oder Brecht gespielt werden. Dies zum Vergnügen, aber auch, damit das Verständnis der sozialen Umwelt, in der die Bürger dieses Staates leben, umfassender wird.

Kurz und gut, es gibt eine ganze Menge Möglichkeiten, aus der gestiegenen Arbeitsproduktivität etwas zu machen, und mein Beispiel kann verdeutlichen, dass steigende Arbeitsproduktivität als Ergebnis von technischem Fortschritt nicht zu Armut und Arbeitslosigkeit, zur Minderung staatlicher Leistun-

⁴ <http://www.umdenken-boell.de/arbeit/refschui.html>

⁵ Dr. rer. pol., geb. 1940, Professor für Volkswirtschaftslehre, Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (jetzt: Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik) in Hamburg



gen führen muss, sondern im Grundsatz die Voraussetzung ist für zivilisatorischen Fortschritt, wenn, ja wenn die Mitglieder der Gesellschaft Verhältnisse verwirklicht haben, die es ihnen ermöglichen, mit der verbesserten Produktionstechnik vernunftgeleitet umzugehen.

Das allerdings ist diese Gesellschaft nicht verwirklicht. Ohnmacht und Unwissenheit bringen es mit sich, dass technischer Fortschritt mit mehr Arbeitslosigkeit und Armut gleichgesetzt wird. Um ein Beispiel zur weiteren Illustration herauszugreifen: Alle reden vom Problem der Alterssicherung. Die unmöglichsten Argumente werden genannt. Ich will sie nicht wiederholen, nur das zentrale, das wichtige, das vernünftige Argument fehlt: Die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen in der privaten Wirtschaft hat sich trotz der Verkürzung der Arbeitszeit von 1968 bis jetzt verdoppelt. Viel spricht dafür, dass sich die Arbeitsproduktivität in den kommenden 30 Jahren nochmals verdoppeln wird. Wenn aber ein Mensch sein Produktionsergebnis je Jahr verdoppelt, dann kann sein Beitragssatz zur gesetzlichen Rente konstant bleiben, auch wenn er die doppelte Anzahl von Rentnern zu versorgen hätte. Und auch die staatlichen Einnahmen können sich bei unveränderten Steuersätzen verdoppeln, so dass die Gratisleistungen des Staates für seine Bürger (die Beispiele siehe oben!) bedeutend vergrößert werden können. Dass all das nicht Gegenstand der öffentlichen Diskussion, der Leitartikel, der Politikerreden und der Talkshows ist, zeigt doch, wie sehr diese Gesellschaft intellektuell verlottert ist. Das ist die intellektuelle Krise, von der vorhin die Rede war: Dieser Gesellschaft ist offenbar der Verstand ausgegangen. Dass dieser Gesellschaft die Arbeit ausgehen könnte, ist dagegen eine zutiefst blödsinnige Frage. Zu erörtern ist, wie gesagt, eine viel praktischere Frage. Ein Erwerbstätiger in der Privatwirtschaft erzeugt gegenwärtig einen Wert von rund 100.000 DM. Und jedes Jahr kommen ungefähr 3 Prozent, gleich 3.000 Mark, dazu. Zu entscheiden ist die Frage, was mit diesen 3.000 Mark geschehen soll.

Wie irrational diese Gesellschaft funktioniert, lässt sich an einem einfachen Zahlenbeispiel weiter illustrieren: Überlegen wir doch mal folgendes: 100 Leute erzeugen 1.000 Stück. Die Arbeitsproduktivität beträgt 10. Bringen wir den Umweltgedanken ins Spiel und unterstellen, dass diese 1.000 Stück materielle Produktion seien, was einen Stoffwechsel mit der Natur darstellt. Gehen wir weiter davon aus, dass 100 Beschäftigte für Vollbeschäftigung stehen. Nun steigt die Arbeitsproduktivität um 10 Prozent. Das schaffen wir locker in 3 Jahren. Bleibt nun die Produktion konstant bei 1.000, weil wir sie aus Umweltgründen konstant halten wollen oder weil die Nachfrage nicht über 1.000 ansteigt, weil die Löhne nicht gestiegen sind, dann wird die Anzahl der in der materiellen Produktion beschäftigten Personen von 100 auf 90 absinken. Die gegenwärtige Verarbeitung der steigenden Arbeitsproduktivität besteht darin, dass nun einfach 10 Prozent Leute arbeitslos werden. Diese 10 Arbeitslosen bekommen ein niedrigeres Einkommen, als wenn sie arbeiteten. Infolgedessen fragen sie weniger nach, so dass die Produktion und die Beschäftigung mangels Nachfrage um ein Weiteres absinken.

Und was ist die offizielle Erklärung für diese Arbeitslosigkeit? Das ist uns mittlerweile im Rahmen des ideologischen Breitensports eingebleut worden. Die Löhne sind zu hoch, ebenfalls die Lohnnebenkosten und die Gewinnsteuern! Es wird behauptet, dass es deswegen Arbeitslosigkeit gibt, weil der Einzelne mehr produziert und an diesem zusätzlichen Produkt durch einen höheren Lohn oder mehr Freizeit beteiligt werden will oder weil die steigende Arbeitsproduktivität es ermöglichen soll, dass die staatlichen Leistungen steigen. Ja, den Leuten wird weisgemacht, dass die Kosten, besonders die Löhne und die sogenannten Lohnnebenkosten gesenkt werden müssten, weil Arbeitslosigkeit eingetreten ist: Jeder soll auf Produkte verzichten, auch wenn er mehr erzeugt, also einen immer geringeren Teil dessen beanspruchen, was Ergebnis seiner Produktion ist. Dann, so das Versprechen, wird es ihnen besser gehen.

Doch zurück zu unserem Beispiel und damit zu einer intelligenteren, einer vernünftigeren Lösung: 100 Leute, so hatten wir gesagt, erzeugen 1.000 Stück, die Arbeitsproduktivität steigt, nun erzeugen 90 dieselbe Produktion in Höhe von 1.000 Stück. Nun, daraus muss sich keineswegs Arbeitslosigkeit er-



geben. Die Sache muss in dieser Weise angegangen werden: Die Produktion bleibt mit 1.000 konstant. Damit können wir unverändert 100 Leute versorgt werden; die Versorgung pro Kopf kann konstant bleiben. Nun brauchen wir für die materielle Produktion nur noch 90 Personen. Phantastisch! Da haben wir 10 Personen übrig, die nun andere wichtige Aufgaben erledigen können.. Die einen lernen Gärtner und halten die öffentlichen Anlagen instand. Die anderen werden Lehrer und die dritten werden Sozialarbeiter,

Kindergärtner/innen usw. Wir können also die Menge der öffentlichen Dienstleistungen, die gratis an die Bürger abgegeben werden, vergrößern. Damit steigt die Wohlfahrt der Bürger, der öffentliche Dienst wird ausgedehnt. (Bei dieser Gelegenheit ist sicherlich die Frage zu diskutieren, ob und wie er reformiert werden soll.). Das ist die Lösung der Frage. Womit kann der Staat die dazu gekommenen Personen im öffentlichen Dienst lohnen? Wenn dem Staat das gesamte Ergebnis der gestiegenen Arbeitsproduktivität, nämlich 10 Prozent von 1.000, als Steuern zufließt, dann ist Geld genug da. Das bedeutet allerdings, dass sinkende Arbeitskosten je Stück als Folge steigender Arbeitsproduktivität nicht verwandelt werden in einen steigenden Stückgewinn, sondern dass damit die öffentlichen Dienstleistungen ausgedehnt werden. Damit steigen die Gewinne der Unternehmen nicht. Dann werden aber auch, so der Einwand, ihre Investitionen nicht ansteigen. Richtig! Das ist voll und ganz erwünscht, weil ja der Umfang der materiellen Produktion aus Umweltgründen, wie wir unterstellt haben, konstant bleiben soll. Nun wird eingewendet werden, dass die Stückkosten nun höher ausfallen als in Ländern, in denen die gestiegene Arbeitsproduktivität die Gewinne erhöht hat und nicht vermehrte öffentliche Dienstleistungen finanziert. Der Standort ist in Gefahr. Das Kapital, ein scheues Reh, wie ja alle Artikelschreiber in den Zeitschriften wissen, ist schwupp weg. Und was dann? Nun, wenn der Standortwettbewerb oder der Wettbewerb allgemein uns daran hindert, aus der gestiegenen Arbeitsproduktivität etwas Vernünftiges zu machen, dann ist der Wettbewerb nicht die geeignete Organisationsform. Dann muss er unter den Staaten unterbunden werden, damit die Abgaben an den Staat aus der Arbeitsproduktivität erhöht werden können, und dann muss, dies außerhalb des Beispiels, der Wettbewerb unter den Arbeitenden mit einem wirksamen Flächentarifvertrag verhindert werden, damit die Löhne steigen können.

Aber auch bei gegebenem Wettbewerb ist die Verteilungspolitik in Deutschland manövrierfähiger, als uns die Propaganda weiszumachen versucht. Deutschland hat im Vergleich zu den anderen Industrieländern die niedrigsten realen Lohnstückkosten, niedriger als die Vereinigten Staaten. Aber die USA haben, das muss doch zu denken geben, das höhere Wirtschaftswachstum.

Um es zusammenzufassen, das Problem der Arbeitslosigkeit und der sinkenden staatlichen Leistungen in einem Lande wie Deutschland ist zu erklären mit dem Unvermögen der Gesellschaft, mit einer steigenden Arbeitsproduktivität wohlfahrtsmehrend umzugehen. Das ist das Problem.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es 30 Jahre lang besser. Der Wettbewerb war reguliert. Auf dem Arbeitsmarkt durch konfliktfähige Gewerkschaften, international durch fixe Wechselkurse und einigermaßen funktionsfähige internationale Arrangements. Markt und Wettbewerb waren eingebettet in ein effizientes demokratisches System. Nun müsste man erklären, warum es der Neoliberalismus, der angetreten ist, um den Kapitalismus von den Fesseln der Demokratie zu befreien, geschafft hat, in den Industrieländern ganz legal eine Mehrheit zu finden. Wir müssten uns weiter fragen, ob angesichts der Zunahme der internationalen Wirtschaftsverflechtung nun gar nichts mehr gehen kann. Wir müssten die Frage stellen, ob denn der internationale Wettbewerb, wenn er nur dazu führt, dass die Länder der ersten Welt außerstande sind, ihre steigende Arbeitsproduktivität in steigenden Wohlstand umzusetzen, ob dann jene Zunahme der internationalen Wirtschaftsverflechtungen überhaupt, kombiniert mit Wettbewerb, eine geeignete Organisationsform der Ökonomie ist, besonders, wenn wir beachten, dass die Verdichtung jener internationalen Wirtschaftsbeziehungen in der Dritten Welt ja auch nichts als Armut hervorruft. Die zunehmende Armut in den Industrieländern ließe sich ja notfalls noch



rechtfertigen, wenn dafür in den Entwicklungsländern alles vorwärtsgehen würde. Aber die Armut nimmt ja in beiden Hälften der Welt zu. Infolgedessen ist der Wettbewerb und die allgemeine Internationalisierung nicht die umfassend geeignete Organisationsform der Ökonomie. Vielmehr müssen neben dem Wettbewerb, der in manchen Bereichen sicherlich seinen Zweck erfüllt, andere Formen der Organisation gefunden oder wieder aktiviert werden. Ein solches gemischtwirtschaftliches System, wie in der Nachkriegszeit, bietet die Möglichkeit, dass wir mit unserem potentiellen Reichtum zu recht kommen, ihn effektiv nutzen können, ihn effektiv produzieren.

Sicherlich wäre nun noch über andere Wirkungen der Direktinvestitionen, der sogenannten Globalisierung allgemein zu reden, nämlich über die internationale Konzentration, die wiederum zur Folge hat, dass die politischen Aktionsmöglichkeiten selbst der Mittelstaaten eingeschränkt werden, dass diese Konzentration dazu führen wird, dass die Preise weniger denn je auf den Gütermärkten flexibel sind und sich nach den Kosten richten. Es ist danach fragen, womit diese internationale Konzentration finanziert wurde, nämlich aus Steuer- und Lohnverzicht kombiniert mit steigender Arbeitsproduktivität. All dies sind wichtige weitere Argumente, um zu zeigen, dass die gegenwärtigen Prinzipien, die den Zusammenhang von Politik und Wirtschaft beherrschen, von Grund auf falsch sind, dass sie nicht sachdienlich sind, wenn Wohlfahrt der Zweck des Wirtschaftens sein soll. Eines wird man begreifen müssen, wenn man sich alles unvoreingenommen durch den Kopf gehen lässt: die Gesellschaft ist gegenwärtig recht idiotisch organisiert.



Metaphysik der Arbeit

Die historische Karriere eines scheinbar überhistorischen Begriffs⁶

Robert Kurz⁷

In der Geschichte des westlichen und besonders des modernen Denkens hat sich die Sprache von Philosophie und Wissenschaft immer mehr von der Sprache der gewöhnlichen Menschen entfernt und ist zur Geheimsprache einer elitären, von der übrigen Gesellschaft getrennten Priesterkaste des Wissens geworden. Es gibt wenig Begriffe, die gleichzeitig der Sphäre der theoretischen Reflexion und der Sphäre des alltäglichen Lebens angehören. "Arbeit" ist ein solcher Begriff, der einerseits eine philosophische, ökonomische und soziologische Kategorie darstellt, andererseits aber auch auf eine verwirrend vielfältige Weise in der Lebenspraxis aller Menschen verwendet wird. Dieser besondere Charakter der gesellschaftlichen Bedeutung von "Arbeit" verweist auf einen universellen Zusammenhang in der modernen Welt. Kein Wort ist auf den ersten Blick klarer und keines auf den zweiten Blick unklarer als dieses.

In der Philosophie und Gesellschaftstheorie hat niemand den Begriff der "Arbeit" so sehr zur Grundlage seines Denkens gemacht wie Karl Marx. Und es war der Marxismus, der sich entschieden auf den Standpunkt der "Arbeit" stellte, um die große soziale Bewegung der Lohnarbeiter in der modernen Geschichte zu legitimieren. Philosophisch erscheint für den Marxismus die "Arbeit" als überhistorische Existenzbedingung des Menschen in seinem Verhältnis zur Natur. ökonomisch wird dieser Doktrin zufolge die "Arbeit" als universelle Form menschlicher Tätigkeit durch die Herrschaft der kapitalistischen Eigentümer zu einem Verhältnis der Ausbeutung degradiert. Soziologisch ist es die "Arbeiterklasse", die sich politisch als "Partei der Arbeit" formieren soll, um das soziale Verhältnis der "Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" zu beenden und zu einer "Befreiung der Arbeit" zu gelangen. Diese vermeintlich in sich geschlossene und unerschütterliche Theorie der Gesellschaft und der Geschichte hat heute ihre Wahrheit verloren; sie erscheint geradezu als altertümlich und verstaubt. Trotzdem hat der Begriff der "Arbeit" selber seine Geltung und seine Selbstverständlichkeit behalten. Wie ist dieser merkwürdige Sachverhalt zu erklären?

Der Marxismus hat immer versucht, die "Arbeit" als positives Ideal für sich zu reklamieren und von der angeblichen "Nichtarbeit" der bürgerlichen Welt und ihrer Repräsentanten abzugrenzen. Die sozialistische Presse des 19. Jahrhunderts stellte in ihren Karikaturen die Kapitalisten mit Vorliebe als fettleibige Schmarotzer oder als Dandys und Flaneure dar, die sich auf Kosten der Arbeiterklasse ein angenehmes und "arbeitsloses" Leben verschaffen. "Die Müßiggänger schiebt beiseite", so heißt es in der berühmten "Internationale", der Hymne der Arbeiterbewegung. Es sind eigentlich eher die alten Feudalherren und die Rentiers großer Geldvermögen, die in diesem groben Feindbild sichtbar werden, und nicht die modernen Manager. Denn die industriellen Tycoons sind schlank, joggen täglich, haben weniger Freizeit als ein Plantagen-Sklave und müssen sich in Therapie begeben, weil sie "arbeits-süchtig" geworden sind.

In Wahrheit ist die "Arbeit" schon immer ein bürgerlich-kapitalistisches Ideal gewesen, längst bevor der Sozialismus diesen Begriff für sich entdeckte. Das Lob der "Arbeit" wird von der christlichen Soziallehre in den höchsten Tönen gesungen; der Liberalismus hat die "Arbeit" ebenfalls heiliggesprochen und verspricht ganz ähnlich wie der Marxismus ihre "Befreiung"; auch sämtliche konservativen und rechtsradikalen Ideologien beten die "Arbeit" an als einen säkularisierten Gott. "Arbeit macht frei" stand über dem Tor von Auschwitz. Offensichtlich ist die Religion der "Arbeit" das gemeinsame Be-

⁶ aus der brasilianischen Tageszeitung Folha, 1997 – Krisis-Gruppe unter: <http://www.krisis.org>

⁷ geb. 1943, lebt als freier Publizist, Journalist und Referent im Kultur- und Wirtschaftsbereich in Nürnberg. Er ist Mitherausgeber der gesellschaftskritischen Theoriezeitschrift Krisis.



zugssystem aller modernen Theorien, politischen Systeme und sozialen Gruppen. Sie konkurrieren miteinander, wer in dieser Religion die größte Frömmigkeit an den Tag legt und die größte Leistung aus den Menschen herauskitzelt.

Bei solchen Gedanken wird vielleicht der moderne Normalmensch ärgerlich. Was soll das denn? "Man muss doch arbeiten". Haben die Menschen nicht schon immer gearbeitet? Sonst gäbe es ja keine Nahrungsmittel, keine Kleidung, keine Wohnung und keine Kultur. Von nichts kommt nichts. Deshalb sagt das Ethos der "Arbeit" bekanntlich: "Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen". Zweifellos haben die Menschen schon immer Dinge und Ideen produziert, um zu leben, zu genießen, zu forschen und sich zu unterhalten. Aber ist "Arbeit" der richtige, überhistorische, universelle Begriff dafür? "Arbeit" ist eine Abstraktion, ein Wort von vieldeutiger Allgemeinheit. Karl Marx verteidigte diese unbestimmte Allgemeinheit und meinte, es handle sich um eine "vernünftige Abstraktion", die schon seit den ältesten Zeiten bekannt sei. Aber stimmt das wirklich?

Eine vernünftige Abstraktion wäre ein sinnvoller allgemeiner Oberbegriff für qualitativ verschiedene, aber trotzdem auf einer bestimmten Ebene zusammengehörige Dinge. So werden zum Beispiel Äpfel, Birnen, Pfirsiche, Orangen usw. zu dem Oberbegriff "Obst" zusammengefasst. Aber in diesem Sinne ist "Arbeit" als Oberbegriff menschlicher Tätigkeiten gerade keine vernünftige Abstraktion. Auch Träumen, Spaziergehen, Schachspielen oder Romane lesen sind menschliche Tätigkeiten, ohne dass sie normalerweise zur "Arbeit" gerechnet werden. Viele Jäger-, Hirten- oder Bauernkulturen kannten überhaupt keinen abstrakten Begriff der "Arbeit". Es wäre ihnen im höchsten Grade unvernünftig und geradezu verrückt erschienen, Tätigkeiten wie Jagen und Pflanzen, Kochen und Kinder erziehen, Kranke pflegen und kultische Handlungen ausführen unter einem einzigen abstrakten Oberbegriff zusammenzufassen. Oft gab es in diesen archaischen Gesellschaften (soweit sie rekonstruierbar sind oder noch Reste existieren) für die verschiedenen Bereiche des Lebens, für Männer und Frauen, für verschiedene soziale Gruppen oder Fertigkeiten (Bauern, Künstler, Krieger usw.) auch verschiedene Oberbegriffe der Tätigkeit, die in keiner Weise dem modernen Universalbegriff der "Arbeit" entsprechen.

Wann und in welchem Kontext ist also historisch dieser abstrakt-allgemeine Begriff der sozialen und ökonomischen Aktivität entstanden? In mehreren Kultursprachen geht die Wurzel des Wortes "Arbeit" auf eine Bedeutung zurück, die den unmündigen Menschen, den Abhängigen oder Sklaven bezeichnet. "Arbeit" ist also ursprünglich keine neutrale und vernünftige, sondern eine soziale Abstraktion: es ist die Tätigkeit derjenigen, die ihre Freiheit verloren haben. Egal, was diese Menschen auch tun mögen, ob sie nun im Bergwerk oder auf der Plantage schwitzen, ob sie als Domestiken im Haus das Essen auftragen, die Kinder zur Schule begleiten oder der Herrin Luft zufächeln: es ist immer die Tätigkeit eines als Knecht definierten Menschen. Das Dasein als Knecht ist der Inhalt der Abstraktion "Arbeit".

So ist es kein Wunder, dass dieser abstrakte Begriff in der Antike die metaphorische Nebenbedeutung von Leid und Unglück angenommen hat (etwa im Lateinischen). Es ist das Leid des Menschen, der in dem negativen Sinne tätig ist, dass er "unter einer Last schwankt". Diese Last kann auch unsichtbar sein, weil sie in Wahrheit die soziale Last der Unselbständigkeit ist. Das ist auch letzten Endes gemeint, wenn im Alten Testament der Bibel die "Arbeit" als ein von Gott auferlegter Fluch des Menschen gedeutet wird. Die Gleichbedeutung von Leid und "Arbeit" meint nicht die bloße Anstrengung. Auch ein freier Mensch kann sich bei bestimmten Gelegenheiten anstrengen und sogar Lust dabei empfinden.

Deswegen ist es ganz falsch, die "Nicht-Arbeit" der Freien und Unabhängigen in der Antike als pures "dolce far niente" und als Faulheit misszuverstehen, wie es oft in der vulgärmarxistischen Literatur erscheint. Bei Homer ist der Held Odysseus stolz darauf, dass er sein Bett selbst gezimmert hat. Nicht



die Tätigkeit als solche war ehrlos, auch nicht die Handarbeit, sondern die Subsumtion des Menschen unter andere Menschen oder unter einen "Beruf". Ein freier Mensch konnte gelegentlich ein Bett oder einen Schrank bauen, aber er durfte nicht von Berufs wegen Schreiner sein; er konnte gelegentlich Handel treiben, aber er durfte nicht Händler sein; er konnte gelegentlich Gedichte schreiben, aber er durfte nicht Dichter sein (schon gar nicht als Gelderwerb). Wer formal frei war, aber sich einer lebenslangen Erwerbsarbeit in irgendeinem Zweig der Produktion unterwerfen musste, war dieser Tätigkeit gegenüber "unmündig" geworden und galt kaum mehr als ein Sklave. Deswegen musste die Tätigkeit des freien Amateurs keineswegs ungeschickter oder von schlechterer Qualität sein als die des unfreien "Berufsmenschen". Sich in verschiedenen Künsten zu üben und Kenntnisse zu erwerben, galt durchaus als ehrenhaft; und aus den Märchen verschiedener Kulturkreise können wir erfahren, dass in den alten Gesellschaften Königssöhne und Prinzen manchmal ein Handwerk erlernen mussten - aber eben nicht um Handwerker "zu sein" und damit dem Leid der "Arbeit" unterworfen zu werden.

Es war das Christentum, das zuerst die negative Bedeutung der "Arbeit" als Leid und Unglück positiv umdefiniert hat. Weil das Leid Christi am Kreuz die Menschheit erlöst hat, verlangt der Glaube daran die "Nachfolge Christi"; und das bedeutet, das Leid freudig auf sich zu nehmen. In einer Art von Masochismus des Glaubens adelte also das Christentum das Leiden und damit die "Arbeit" zum geradezu erstrebenswerten Ziel. Die Mönche und Nonnen in den Klöstern unterwarfen sich bewusst und freiwillig der Abstraktion "Arbeit", um als "Knechte Gottes" ein Leben im Sinne des Leids von Christus zu führen. Mentalitätsgeschichtlich waren die klösterliche Zucht und Ordnung, die strenge Einteilung des Tagesablaufs und die mönchische Askese Vorläufer der späteren Fabrikdisziplin und der abstrakten, linearen Zeitrechnung der betriebswirtschaftlichen Rationalität. Aber diese Mission der "Arbeit" bezog sich nur auf die metaphorische Bedeutung des Begriffs als religiöse Akzeptanz des Leids mit Blick auf das Jenseits; es wurde damit noch kein positiver irdischer Zweck verfolgt.

Erst der Protestantismus, besonders in seiner calvinistischen Form, machte den christlichen Masochismus des Leidens zum diesseitigen Gegenstand: Der gläubige Mensch sollte die Schmerzen der "Arbeit" als "Knecht Gottes" nicht in klösterlicher Abgeschlossenheit auf sich nehmen, sondern damit in der profanen irdischen Welt Erfolg haben, um seine Auserwähltheit durch Gott zu beweisen. Natürlich durfte er aber die Früchte des Erfolgs auf keinen Fall genießen, um die göttliche Gnade in der Nachfolge Christi nicht zu verspielen; er musste also das Ergebnis der "Arbeit" mit säuerlicher Leidensmühe zum Ausgangspunkt immer neuer "Arbeit" machen und unaufhörlich abstrakte Reichtümer ohne Genuss aufhäufen.

Diese protestantische Mentalität verband sich mit dem Geldhunger der absolutistischen frühmodernen Staaten und ihrer Militarisierung der Ökonomie. War der ursprüngliche christliche Leidensweg zur "Arbeit" ein freiwillig gewählter gewesen, so machte ihn der Staat nun zum allgemeinen gesellschaftlichen Zwangsgesetz. Das religiöse Motiv des positiven Leidens mutierte zum säkularisierten gesellschaftlichen Selbstzweck der "Arbeit", der sich als "ökonomische Rationalität" maskierte. Auf diese Weise wurden die formal freien Menschen der Moderne allesamt unter jene unmündige Form der Tätigkeit subsumiert, die in der Antike als das Dasein der Knechtschaft und deswegen als Leid erschienen war.

Die freie, selbstbestimmte Tätigkeit reduzierte sich auf den lebenszeitlichen Abfall der sogenannten "Freizeit". Die Zentralsphäre der "Arbeit", die zum funktionellen Bereich des abstrakten Selbstzwecks purifiziert wurde, trennte die Sphären der Wohnung, der Kultur, der Erziehung, des Spiels und überhaupt des Lebens von sich ab. "Zur Arbeit gehen" hieß allmählich ungefähr so viel wie früher "zum Gottesdienst gehen", obwohl die moderne Gesellschaft die historische und religiöse Herkunft der "Arbeit" bald vergessen hat. übriggeblieben ist der positiv umdefinierte Charakter eines eigentlich negativen, unglücklichen Sachverhalts. Die Menschen haben sich daran gewöhnt, das eigene Leben auf



dem Altar der "Arbeit" zu opfern und die Unterwerfung unter einen fremdbestimmten "Arbeitsplatz" als Glück zu betrachten.

Liberalismus und Marxismus haben diese Religion der "Arbeit" vom Protestantismus und von den absolutistischen Regimes übernommen und ihre Säkularisierung vollendet. In der globalen Totalität einer unaufhörlich wühlenden Tätigkeit ist Knechtschaft zur Freiheit geworden und Freiheit zur Knechtschaft, nämlich freiwillige Akzeptanz eines Leidens, das keinen Sinn hat als sich selbst. Die "Arbeit" ist an die Stelle Gottes getreten, und insofern sind jetzt alle Menschen "Knechte Gottes". Auch das Management ist Teil der "Arbeit" und nimmt das irdische Kreuz des Leidens auf sich, um gerade darin seine masochistische Macht zu finden. Der homerische Held Odysseus hätte die heutigen sogenannten Herrschenden als armselige Knechte verachtet, weil sie sich selber unter das Joch der "Arbeit" beugen und sich damit in die gesellschaftliche Form der Unmündigkeit begeben.

Auch die kümmerliche "Freizeit" ist heute nur noch eine Fortsetzung der "Arbeit" mit anderen Mitteln, wie die Freizeitindustrie beweist. Die Logik der "Arbeit" hat sich inzwischen der abgespaltenen Bereiche bemächtigt und ist in die Kultur, in das Spiel und sogar bis in die Intimität vorgedrungen. Gleichzeitig führt aber die Entwicklung der verwissenschaftlichen Produktivkräfte die liberale ebenso wie die marxistische Metaphysik der "Arbeit" ad absurdum. Das positiv gewordene Prinzip des Leidens kann nicht mehr aufrechterhalten werden, denn der Kapitalismus hat damit begonnen, die "Arbeit" von den Menschen zu befreien. Damit blamiert er aber nicht nur die marxistische Anthropologie, sondern auch seine eigene. Mit einem positiven Begriff der "Arbeit" ist die soziale Emanzipation in Zukunft nicht mehr zu denken. Den Menschen wird nichts weiter übrig bleiben, als das Resultat des Kapitalismus umzukehren und sich selbst von der "Arbeit" zu befreien. Dieses historische Ende des positiven Leidens wäre nicht das Ende der menschlichen Tätigkeit in der Auseinandersetzung mit der Natur, sondern nur das Ende der unreflektierten Unmündigkeit. Auch wenn die freiwilligen Knechte unbedingt in der Form des Leidens verharren wollen: Die Zeit des historischen Masochismus ist abgelaufen.



Arbeit, Vor-Krieg und menschliche Würde⁸

Oskar Negt⁹

„*Würde hat keinen Preis*“. Dieser Satz aus der Moralphilosophie Immanuel Kants bezeichnet den prägnanten Gegenbegriff zu allem, was in der warenproduzierenden Gesellschaft durch Tausch vermittelbar ist. Wie keine Philosophie der Moderne sonst hat die von Kant formulierte Position unveräußerliche und unaustauschbare Persönlichkeitsrechte formuliert. Würde bezeichnet die Achtung der Menschheit in der eigenen Person. Kant hat sich zwar geweigert, diese Form der moralischen Achtung als gesellschaftlich bedingt zu betrachten oder in Zweck-Mittel-Relationen einzubeziehen; es war ihm jedoch klar, dass in Bereichen der Legalität, der Rechtsbeziehungen der Menschen untereinander Zivilisierungsprozesse ablaufen müssen, die auch aus der Gesellschaft herkommen. Die Identität des Bürgers ist fundiert auf der Fähigkeit, über Eigentum und Besitz zu verfügen. Das macht den Status des Citoyen aus.

Auf jeden Fall ist der innergesellschaftliche Friedenszustand darauf gegründet, dass die Selbstachtung der Subjekte die Achtung der anderen mit enthält. Es ist dieser Aspekt der Achtung, des aufrechten Ganges, der den jungen Marx dazu veranlasst, die innere Verknüpfung von *Würde und Arbeit* zu entfalten. Die Selbstverwirklichung des Menschen in dieser Welt erfolgt durch lebendige Arbeit. Solange die Menschen gegenständliche Wesen sind, bedürfen sie der gegenständlichen Tätigkeit, um ein unverwechselbares Selbst ausbilden zu können. Der innergesellschaftliche Friedenszustand stellt sich für ihn nur her, wenn die Menschen in einer Republik der Arbeit in freien Tätigkeiten sich austauschen.

Die Welt ist voller Krieg, und wir, die wir im Zentrum Europas leben, das aus zwei mörderischen Selbstvernichtungsaktionen gelernt zu haben scheint, erfreuen uns einer geschichtlich beispiellosen Friedensperiode, die so natürlich zu sein scheint, dass sie einem Angst einzuflößen beginnt.

Aber das Starren auf die Apokalypse, des großen thermo-nuklearen Krieges, der doch nicht kommen darf, und der Blick nach außen auf die vielen Kleinkriege, lähmt die Sinne und macht empfindungslos für ganz andere *Formen des Krieges*, die sich in unserem Lande und unter unseren Augen abspielen. Denn die bloße Abwesenheit militärischer Konfrontationen definiert nicht den *Friedenzustand* einer Gesellschaft. Es vollzieht sich vielmehr eine blutige Ironie in der Begriffsveränderung des Krieges. Wenn Clausewitz davon spricht, dass der Krieg ein „Akt der Gewalt ist, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“, ihn also wehrlos zu machen, so gibt es eine Menge von Kriegshandlungen in unserer Gesellschaft, die mit dem Schein des Friedens auftreten. Ich sage: *mit dem Schein des Friedens*; im ursprünglichen Wortsinn klingt nach, was Friede eigentlich bedeutet. Aus dem althochdeutschen „fridu“ abgeleitet, entspringt das Wort der gleichen Wurzel wie „frei“, was mit fri=lieb verknüpft ist; Friede verweist also auf einen Zustand der Liebe und Angstfreiheit.

Aber eines der entscheidenden Probleme unserer Gesellschaft besteht nun gerade darin, dass eine wachsende Zahl von Menschen in den Zustand der Existenzangst und des *Unzufriedenseins* versetzt wird.

Wenn ich in diesem Zusammenhang vom Krieg ausgehe, so meine ich das buchstäblich: *Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt, der die Menschen wehrlos und damit gefügig für den Willen anderer macht; sie ist ein Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität, auf die Unversehrtheit der davon betroffenen Menschen*. Sie ist Raub und Enteignung der Fähigkeiten und Eigenschaften, die innerhalb der Familie, der Schule und der Lehre in der Regel in einem mühsamen und aufwendigen Bildungs-

⁸ Aus: Oskar Negt: Arbeit, Vor-Krieg und menschliche Würde In: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 6-7/1998

⁹ geb. 1934 in Königsberg/Ostpr., Studium der Rechtswissenschaften, Soziologie und Philosophie in Göttingen und Frankfurt/M., lehrt Sozialwissenschaften an der Universität Hannover



prozess erworben wurden und die jetzt, von ihren gesellschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten abgeschnitten, in Gefahr sind, zu verrotten und schwere Persönlichkeitsstörungen hervorzurufen. Einer, der sich in diesem Milieu der Ausgestoßenen gut auskannte, der Berliner Maler Heinrich Zille, hat diese Formen der sublimen, verdeckten und aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängten Gewalt noch sehr genau wahrgenommen. *Man kann, sagte er, einen Menschen mit einer Wohnung genauso töten wie mit einer Axt.*

Was trägt die gerechtere Organisation des Systems gesellschaftlicher Arbeit zur Friedenssicherung bei? Gesellschaftsordnungen, in denen ein günstiger Nährboden für Existenzängste der Menschen bestand und die vom Klima zerstörter Hoffnungen und gebrochener Lebensperspektiven bestimmt waren, schufen stets Voraussetzungen dafür, Ersatzschuldige für die Misere ausfindig zu machen, autoritätsgebundenes Mitläufertum zu produzieren und schließlich, wenn das alles, wie zu erwarten, keine wirklichen Lösungen gebracht hatte, die ungelösten inneren Konflikte aggressiv auf den Außenfeind zu richten. Wir müssen diese Entwicklungsmöglichkeiten nicht erst erfinden, wir haben darüber unsere eigenen bitteren geschichtlichen Erfahrungen in Deutschland.

Christa Wolf hat in ihrer Cassandra-Erzählung einen Mahnruf formuliert, der beherzigenswert ist. „Wann Krieg beginnt, das kann man wissen“, sagt sie, „aber wann beginnt der *Vorkrieg*?. Falls es da Regeln gäbe, müsste man sie weitersagen. In Ton, in Stein eingraben, überliefern. Was stünde da? Da stünde, unter anderen Sätzen: Lasst euch von den Eignen nicht täuschen.“

Eine Regel gibt es, meine ich: Der Kampf gegen den Vorkrieg und damit gegen den Krieg beginnt in den banalen Alltagsverhältnissen, in der Schritt für Schritt unternommenen *Aufhebung von Angst und Gewalt*. Die gerechte Organisation des Systems gesellschaftlicher Arbeit und die Herstellung befriedigender individueller Arbeitsverhältnisse ist eine Grundvoraussetzung für den innergesellschaftlichen Friedenszustand und dadurch für den Frieden insgesamt.

Welche Berechtigung es demzufolge immer haben mag, die arbeitsgesellschaftlichen Utopien als ausgeschöpft zu betrachten und das endgültige Ende der Arbeitsgesellschaft zu verkünden: Die wirklichen Lebensverhältnisse der Menschen, ihre Hoffnungen und Ängste sprechen eine ganz andere Sprache. Es dafür kaum Hinweise dafür auffinden, dass Erwerbsarbeit, also jene vorherrschende Form bezahlter Arbeitsleistung, über deren gesellschaftliche Anerkennung individuelle Identität und Selbstwertgefühle sich bilden, im vergangenen Jahrzehnt entscheidende Abwertungen erfahren hätte. Alle bisherigen Umfrageergebnisse weisen in dieselbe Richtung, dass nämlich die Themen „Arbeit - Arbeitslosigkeit“ den bei weitem höchsten Rang in der Skala der als lebenswichtig eingeschätzten Handlungsfelder der Politik einnehmen.

Ich rücke bewusst dieses moralische und kulturelle Problem der Arbeitslosigkeit in den Vordergrund, die Frage der immer noch wesentlich *durch Arbeit vermittelten menschlichen Würde*. Denn ist dieser Orientierungspunkt verloren, sind der pragmatischen Phantasie bloß technischer Lösungen keine Grenzen mehr gesetzt. Die Zauberworte, die den Bann dieses Krisenzusammenhangs lösen sollen, sind mittlerweile geläufig: Teilzeitarbeit, Gleitzeit, Flexibilität, schlanke Produktion und Verdichtung der Betriebszeiten.

Alles dreht sich um die Sonne des kostengünstigen Produktionsbetriebes, um die Logik des Kapitals; zwar soll das, in die Wirklichkeit umgesetzt, auch Freiheit, Autonomie und Würde der Menschen erweitern, also im Gleichklang zu Unternehmensinteressen sein. Angesichts der Strukturprobleme dieser herkömmlichen, von Betriebswirtschaft und Kapitallogik geprägten Erwerbsgesellschaft wird eine solche Auffassung jedoch immer unglaubwürdiger. Will man sich nicht darauf einlassen, mit der kompletten Umsetzung von Flexibilisierung und Fragmentierung des Arbeitslebens am Ende einen *allseitig verfügbaren* und jederzeit *manipulierbaren* Menschen zu erzeugen, dann müssen zwei Bedingungen erfüllt sein:



Zum einen bedürfen die auf die Gesamtgesellschaft ausgeübten Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die von der Produktion ausgehen, einer grundlegenden Reform. Ohne Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der Reichtumsproduktion kann eine Umverteilung von Arbeitsplätzen nicht gelingen. In dem eingemauerten Kontext des Bestehenden könnte das Resultat kein anderes sein, als sich im betrügerischen Wettlauf zwischen Hase und Igel zeigt: Ein Arbeitsplatz wird neu geschaffen, drei werden vernichtet. Die mikroelektronische Vernichtungsmaschinerie lebendiger Arbeitskraft ist immer schon am Ziel angekommen. Nicht nur die Krisenfolgen sind neuartig, auch die Struktur der Krise hat sich verändert; die Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches Massenphänomen ist von den herkömmlichen Wellenbewegungen von Konjunktur und Rezession weitgehend abgekoppelt. Es ist aus diesem Grunde immer unwahrscheinlicher, dass das Problem der chronischen Arbeitslosigkeit im begrenzten Horizont betriebswirtschaftlicher Kostenüberlegungen zu lösen ist.

Eine ganz andere Ökonomie wäre erforderlich, um die allmählich ins Unermessliche wachsenden menschlichen, sozialen und politischen Kosten von Massenarbeitslosigkeit einzudämmen und am Ende überflüssig zu machen. Es ist ein Problem, das das Wohl und Wehe der Gesamtgesellschaft betrifft; deshalb greifen technisch-ökonomische Regelungen zu kurz. Wenn hier eine Ökonomie im Spiele ist, dann kann es nur eine des „Ganzen Hauses“ sein. Die darin zur Sprache gebrachte öffentliche Vernunft hätte die gesamtgesellschaftlichen Kosten zum Ausgangspunkt, Gesellschaftsreform zu ihrem Ziel.

Die Arbeitsgesellschaft in der von den Produktions- und Verwertungsregeln des Kapitals geprägten Form aufrechtzuerhalten und fortzuschreiben wird immer kostspieliger, am Ende *unbezahlbar*. Verschleiert wird das dadurch, dass jedes Ressort, jeder gesellschaftliche Bereich die eigenen Kosten auf andere abzuwälzen versucht und die Selbsterhaltung durch Kredite und Anleihen finanziert. Woher soll dann, bei leeren Haushaltskassen und diesem Überschuldungssystem, das Geld für Reformen genommen werden? Dem ist die geschichtliche Erfahrung entgegenzuhalten; *nichts ist teurer als überholte Verhältnisse am Leben zu halten, nichts kostspieliger als die Nichtreform*.

Aber die Alternative zum System bürgerlicher Erwerbsarbeit, das sich in einem schmerzlichen Prozess von 500 Jahren, mit eigentümlichen Berufsethiken und vielfachen Bedürfnissen nach gegenständlicher Tätigkeit, herausgebildet hat, ist nicht der illusionäre Idealismus der Aufhebung von Arbeit, sondern der Kampf um die Vervielfältigung und Erweiterung gesellschaftlich anerkannter Formen der Arbeit, die der Eigenproduktion und der Selbstverwirklichung dienen.

Das führt mich zu der *zweiten Bedingung*, unter der ein Umbau der Arbeitsgesellschaft Beitrag für eine ökonomische Krisenlösung und gleichzeitig den Emanzipationswünschen der Menschen entsprechend sein könnte. André Gorz, der bedeutendste Vordenker einer am Gemeinwesen und dem ökologischen Gleichgewicht orientierten Alternative zur herkömmlichen Erwerbsgesellschaft, trifft den entscheidenden Punkt, wenn er fordert, an die Stelle kapitalfixierter Arbeit müssten ganz andere Arbeitsformen treten: „...beziehungsintensive Tätigkeiten, Pflege der Umwelt, der Künste, der Qualität des Zusammenlebens und so weiter, also Tätigkeiten, die keinen Mehrwert schöpfen, nicht instrumentell rationalisierbar sind und jenseits der Lohnarbeitsgesellschaft liegen.“

Das wäre aber kein Jenseits der Arbeitsgesellschaft, sondern eine Erweiterung, Vertiefung, Vervielfältigung der kulturell anerkannten Arbeitsformen, die durch den geschichtlich spezifischen und einmaligen Konflikt von Lohnarbeit und Kapital vereinseitigt und verengt wurden. Dieser Spezialfall neigt sich dem Ende zu. In diesem Sinne gibt es ein Ende der Arbeitsgesellschaft; aber alle Tätigkeiten, die Gorz aufzählt, sind Arbeitsformen, die es immer gegeben hat und ohne die auch heute jede Gesellschaft zerfallen würde. Um ihnen einen höheren gesellschaftlichen Rang geben zu können, bedarf es eines gemeinwesenorientierten Umdenkens, das der sozial-kulturellen Logik folgt.



Nur wenn die von drückender Erwerbsarbeit freigesetzte Lebenszeit einen eigenen, autonomen Gestaltungsraum findet, also wesentlich *Emanzipations- und Orientierungszeit* ist, werden die Menschen das bestimmende Gefühl haben können, nicht bloßer Verwertungsrohstoff auf anderen Feldern zu sein. Das setzt voraus, dass Kreativität, Eigeninitiative, Unbotmäßigkeit und Mußefähigkeit von Kindesbeinen an maßgebende Werte der Erziehung, des Bildens und des Lernens sind.

Davon sind wir weit entfernt. Aber viele Schritte führen in die Richtung einer solchen Gesellschaftsreform, die nach meiner Einschätzung einzig und allein Auswege aus der gegenwärtigen Kulturkrise zeigen könnte.